

Protokollauszug

aus der
29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 25.04.2017

öffentlich

**Top 8.3 Integrationsmonitoring 2016
17/SVV/0226
zur Kenntnis genommen**

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Erstellung des Integrationsmonitorings ein enormer Aufwand ist. Dies ist die Grundlage für die Erarbeitung des Integrationskonzeptes. Sie bittet, dass allen Ausschussmitgliedern das Integrationsmonitoring in Papierform ausgereicht wird, also auch an diejenigen, die die Unterlagen online bekommen.

Frau Grasnick (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die betrachteten Handlungsfelder. Sie gibt einen Überblick über die Einwohner nach Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht sowie nach ausgewählten Nationalitäten. Des Weiteren gibt Frau Grasnick einen Überblick über den Anteil der Schulabgänger mit und ohne Schulabschluss, der Auszubildenden sowie der Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII. Sie geht auf den Sprachförderbedarf bei den einzuschulenden Kindern ein sowie auf die Teilnahme an den U-Untersuchungen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Grasnick, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an den Einwohnern im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nicht detailliert aufgeschlüsselt werden kann, da es diesen Indikator bisher nicht gibt.

Auf Nachfrage, wie mit dem Monitoring umgegangen wird, erklärt Frau Grasnick, dass z.B. durch das Jugendamt Maßnahmen für den Jugendhilfeplan aufgenommen wurden. Aber auch die anderen Zahlen sollen, wenn Handlungsbedarf besteht, in Maßnahmen umgewandelt werden sollen.

Frau Gonzales Olivo (Migrantenbeirat) sieht die Fraktionen in der Pflicht, sich mit dem Integrationsmonitoring zu befassen und der Beauftragten für Migration und Integration Hinweise zu geben. Sie bittet die Fraktionen, das Thema ernst zu nehmen, da darin sehr viel Arbeit steckt.

Frau Eisenblätter sieht dies als eine Grundlage, aus der die Fraktionen die entsprechenden Anträge formulieren können.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass das Integrationskonzept in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird, mit dem man sich unbedingt beschäftigen und abgleichen muss, was darin aus dem Monitoring enthalten ist.

Frau Grasnick betont, dass das Monitoring ein Steuerungsinstrument ist, mit dem gearbeitet werden sollte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmhaltung: